

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kersch. Druck: A. G. Verlag Auer-Druck u. Verlagsanstalt m. b. H. H. A. Kersch. Kersch-Druckerei, Erzgebirge, Erzgebirgstr. 27. 28.

Abgabepreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bezahlbar vierteljährlich 6.00 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgebildeten, sowie aus Postämtern und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Beilage oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Kalamantelzeitschriften 3.— Mark. Bei größeren Abstellungen entsprechendes Honorar. Anzeigenannahme bis Spätestens 5 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgäbe des Anzeiger durch Jarnfelder erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Das Wichtigste vom Tage.

Der sozialdemokratische Parteitag in Göttingen sprach sich gestern mit 290 gegen 67 Stimmen für die erweiterte Koalition aus.

Wie zuverlässig verlautet, hat der bayerische Senat die Neubildung des bayerischen Kabinetts und damit die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen München und Berlin für spätestens Ende dieser Woche in Aussicht gestellt.

Wie aus Washington gemeldet wird, wurde im Weißen Haus mitgeteilt, daß Präsident Harding den deutschen Friedensvertrag zusammen mit einer kurzen Mitteilung heute dem Senat zur Prüfung vorlegen wird.

Aus Helsingfors wird gemeldet, in der russischen Ostflotte sei ein neuer Aufbruch ausgebrochen. 400 Offiziere seien verhaftet und nach Moskau gebracht worden.

Die große Koalition auf dem Marsche.

Als Friedrich Naumann einst den Bloß von Bebel bis Rafermann als die Zukunftsgruppierung des neuen Deutschland empfahl, da wehrten sich die Träger der beiden Namen aufs Heftigste dagegen. Aber die Verhältnisse waren stärker als die Menschen. Noch im alten Reichstage war Naumanns Traum verwirklicht. Freilich hätte der deutsche Parlamentarismus fester Grund haben müssen als er das im kaiserlichen Deutschland sein konnte, um die politische Führung an sich zu reißen und womöglich den Krieg zu verhindern. Das Ding über Menschenkraft. Im hiesigen Teile des Krieges kristallisierte sich eine andere Mehrheit im Reichstage heraus: die von fortschrittlicher Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen besetzten sich am Interfraktionellen Ausschuss, und bei der berühmten Friedensresolution vom Juli 1917 gaben sie eine Erklärung ab, die sich gleichfalls für einen Verständigungsfrieden aussprach. Nach dem Zusammenbruch erlosch ihr Part und tröstlich die Deutsche Demokratische Partei als Zusammenfassung der „linksliberalen“ und „linkerliberalen“ Bürgerparteien. Mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie hat sie das Reich vereint und den Wiederaufbau in die Wege geleitet. Eine künstliche Gesichtsführung wird ihrer weiteren eilen und hingebenden Arbeit für das Vaterland sicher einmal gerechter werden als es die Wähler von heute zum Teil tun. Tatsache ist, daß der geschichtliche und politische Sinn im deutschen Volke noch nicht so weit entwickelt ist, daß die Mehrheit unserer Volksparteien die Schwierigkeiten würdigen könnte, die heute sich der praktischen politischen Arbeit entgegenstemmen. So konnte es kommen, daß die Wiederaufbaupartei, deren Anhänger nicht durch ein kirchliches Band oder das klassenmäßige Interesse ihrer Anhänger zusammengehalten werden, zugunsten der Opposition an Anhängern verlor. Wenn aber etwas die Führer der deutschen Demokratie mit diesem Ausgang versöhnen kann, so die Erkenntnis, daß heute in der Nachpartei nach rechts hin die besten Männer auftreten und ihren Anhängern verkünden, daß die Demokratie Deutschlands einziges Heil ist. Mit anerkennenswerter Mute haben das die Herren von Campe und von Kardorff in der Deutschen Volkspartei getan, und die Partei als Ganzes hat sich klar auf den Boden der Verfassung gestellt, obwohl sie sie in Weimar ablehnte und bekämpfte.

Der Deutschen Demokratischen Partei ist es nie um Parteizwecke zu tun gewesen. Sie war der Auffassung, daß Parteien nicht um ihrer selbst willen da sind, sondern daß sie Instrumente abgeben müßten, das Vaterland aus seiner großen Not zu retten. Darum vertrat sie auch die Auffassung, daß, wie der Feldherr Formationen einsetzen muß, um den Sieg zu erringen, auch Parteien rücksichtslos für die höheren Ziele der Nation eingesetzt werden müssen. In dem Maße, wie sich das Schwerkgewicht der Parteien nach rechts verlag, forderte die Demokratische Partei die Erweiterung der Reaktionskoalition nach rechts. Nach den Reichstagswahlen vom Juni 1920 lag diese Forderung im Interesse des Wiederaufbaues. Die Sozialdemokratie meinte damals, eine solche Koalition noch nicht tragen zu können. Sie ließ die Demokraten allein mit Zentrum und Volkspartei in die Regierung ziehen. Dem Kabinett Gehrenbach — Simons' folgte damit die breite Koalition, die es gerade für die Lösung der Wiedergutmachungsfrage so dringend benötigt hätte. Das Donner Ultimatum ließ die Deutsche Volkspartei vor einer o. w. e. l. g. Entscheidung zurückweichen. Wieder mußten die drei Verfassungsparteien unter schwierigsten Umständen die Regierung übernehmen. Aber wiederum war es auch die Deutsche Demokratische Partei, die vom ersten Tage an die Lösung ausgab: Regierung der breiten Mitte. Jetzt stehen wir vor der großen Frage der Aufbringung der Mittel für die Erfüllung. Ob sie überhaupt zu lösen ist, ist eine Frage, die in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben kann. Daß aber die Anstrengungen gemacht werden müssen, um in die

Phalanx der Gegner eine Bresche zu legen, begreifen jetzt alle politisch Unterrichteten. Handel, Industrie und Landwirtschaft sind bereit, ihre Realwerte für eine Goldanleihe nutzbar zu machen. Es ist klar, daß unter solchen Umständen die demokratische Forderung nach einer Regierung der breiten Mitte eine Notwendigkeit wird. Erfreulicherweise liegen jetzt zwei Kundgebungen vor, die beweisen, daß das Ziel heute keine Utopie mehr ist. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Göttingen hat sich der Referent des Parteivorstandes Abg. Franz Krüger gegen die Taktik gewendet, daß sich die Partei auf bestimmte Parteien, mit denen sie zusammengehen soll, festlegt. Er hat ebenso die Notwendigkeit einer breiten Regierungsbasis betont und einen Zusammenschluß aller produktiven Kreise, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, gefordert. Nur so ließe sich der Schutz der Republik und der wirtschaftliche Aufbau verwirklichen. Und am Dienstag hat sich der Göttinger Parteitag mit 290 gegen 67 Stimmen für die erweiterte Koalition ausgesprochen. Gleichzeitig hat vor dem rechten Flügel seiner Partei in Lüdenscheid Dr. Stresemann gesprochen. Auch er trat für ein Kabinett auf breiter Grundlage ein. Man soll nicht glauben, daß damit die Schwierigkeiten schon behoben seien. Noch weiß man nicht, wie in Götting die Dinge laufen werden, und die Personalfragen gestalten sich bei jeder konkreten Regierungsabstimmung ungemein schwierig. Aber mit Bestimmtheit darf die Deutsche Demokratische Partei feststellen, daß ihr Ziel, die große Koalition, auf dem Marsche ist. Wo ein Wille ist, da wird sich auch ein Weg finden lassen. Von der nächsten Entwicklung wird wahrscheinlich das Schicksal unseres Vaterlandes und das Schicksal der Republik entscheidend bestimmt werden.

Die Koalitionsbereitschaft der Sozialisten.

Mit 290 gegen 67 Stimmen für die erweiterte Koalition.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des sozialdemokratischen Parteitages in Götting wurde die Abstimmung über den Antrag des Parteivorstandes über die Koalitionspolitik der Partei vorgenommen. In der Resolution, deren Wortlaut bereits mitgeteilt wurde, ist das Wort Grundforderungen, die gegenüber den betreffenden Parteien aufgestellt werden sollen, nunmehr durch das Wort Mindestforderungen ersetzt und der letzte Absatz dahin geändert, daß die Fraktionen im Einverständnis mit dem Parteivorstand über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden sollen. Ueber die Resolution in dieser Form wurde einstimmig abgestimmt. Die Resolution wurde mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen. Damit waren alle anderen zu dieser Sache gestellten Anträge erledigt.

Die Annahme der Entschärfung des mehrheitssozialistischen Parteivorstandes, an der nach den zustimmenden Reden Scheidemanns, Hermann Müllers und Severtings kaum noch zu zweifeln war, bedeutet die Zustimmung des Parteitages zu einer Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei. Die sozialistische Sinnesänderung ist um so bemerkenswerter, als noch vor wenigen Tagen die Umbildung der preussischen Regierung an der ablehnenden Haltung der Sozialisten gegenüber der Volkspartei gescheitert war.

Weitere Abstimmungen.

Angenommen wurde weiter ein Antrag über Bildung einer einheitlichen proletarischen Partei, womit alle weiteren Vorschläge erledigt wurden, die die Annäherung mit den Unabhängigen betreffen. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, der das Schließen über parteiliche Fragen in hürgeleiteten Blättern verbietet. Der Antrag Marwald über Justizreform und Einziehung des Hohenzollernvermögens wurde dem Parteivorstand überwiesen. Der Antrag Abbe über Schaffung eines republikanischen Abzeichens wurde angenommen. Abgelehnt wurde mit großer Mehrheit ein Antrag, wonach nicht zur Partei gehören könne, wer Krieger- oder Militärvereinen als Mitglied angehört.

Die Erwerbslosigkeit in Berlin und im Reich.

W. W. Die Frage der Erwerbslosigkeit und der Erwerbslosenfürsorge hat längst nicht nur eine wirtschafts- und finanz-, sondern darüber hinaus auch eine allg. me. ein. v. o. l. i. t. i. s. c. h. e. Bedeutung gewonnen. Von gewisser radikaler Seite wird bekanntlich von Zeit zu Zeit immer wieder versucht, die Erwerbslosen vor den Parteiwagen zu hängen. Die Tumulte und Unruhen, wie sie noch im Vormonat in verschiedenen Städten, u. a. in Berlin und Lichtenberg, Rastatt und die wenig würdigen Skandalhenschen, die im Berliner Rathaus die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beendeten, geben von dem Explosivstoff, der in diesen Kreisen angehäuft ist, ein recht deutliches Bild. Der Berliner Oberbürgermeister Boß zeichnete gegen Ende August die Lage in der Reichshauptstadt sehr treffend, wenn er ausführte, daß von den Erwerbslosen im Reich ein ungewöhnlich hoher Teil auf Berlin entfalle, und zwar mehr als die Hälfte. Die Stadt habe bisher 700 Millionen aus außerordentlichen und mehr als 200 Millionen aus laufenden Mitteln für die Frage der Erwerbslosenfürsorge aufgebracht. Außerdem ist eine gewisse Zahl von Erwerbslosen in den Kostenträgersdiensten der

produktiven Erwerbslosenfürsorge, also außerhalb der normalen Wirtschaft, beschäftigt. Seltener können Reich, Land und Gemeinde von dem nat. w. l. s. t. m. e. l. l. der Erwerbslosigkeit der Arbeitszuweisung angefaßt werden, so kommunalen Wirtschaftskreise nur geringen Gebrauch machen. Dennoch zeigen die Listen der Erwerbslosenfürsorge im Verlauf der letzten beiden Monate deutlich, daß eine gewisse Besserung einsetzt ist, die insbesondere auf den Bedarf der Landwirtschaft und die günstigere Entwicklung des Baumarktes zurückzuführen werden muß. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich betrug am 1. August d. J. 269 424 gegenüber 315 458 am 1. Juni (davon männliche Hauptunterstützungsempfänger 208 000 gegenüber 244 000; davon weibliche 63 000 gegenüber 71 000 im Vormonat). Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen, stellte sich auf rund 300 000. Es ist bezeichnend, daß diese Zahlen denen vom Juni 1920 wieder sehr nahe kommen. Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat d. J., dem März, ergibt sich aber immerhin eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 188 000 Zuschlagsempfänger.

Bei kritischer Betrachtung dieser Zahlen dürfen wir jedoch nicht außer Acht lassen, daß die deutsche Erwerbslosenfürsorge vorläufig überhaupt nur die unterstützten Erwerbslosen erfasst, nicht aber diejenigen Erwerbslosen, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht erhalten, sowie auch die beträchtliche Zahl der Kurzarbeiter. Es mag in diesem Zusammenhang endlich noch auf die Zusammenstellungen hingewiesen werden, die Dr. Krause im Reichsarbeitsblatt veröffentlichte. In diesen Tabellen wird die Zahl der Dauererwerbslosen mit der Gesamtzahl der Erwerbslosen verglichen. Danach waren von der Gesamtzahl (Stand vom 1. Mai d. J.) mehr als ein Fünftel, nämlich 22,7 Prozent, länger als sechs Monate erwerbslos. Dieses Verhältnis hat sich naturgemäß, der Gesamtzahl entsprechend, ebenfalls zur Zeit ein wenig verbessert. Dennoch geben die Zahlen zu denken; angesichts des kommenden Winters und der unausbleiblichen weiteren Steigerung der Lebensunterhaltspreise ist es notwendig, alle möglichen Mittel ausfindig zu machen, um einer voraussichtlich starken Zunahme der Erwerbslosigkeit entgegenzuwirken. Bei den nun einmal bestehenden Unterschieden in der Verteilung der Notgebiete über das Reich (es sind dies bekanntlich vor allem drei: Groß-Berlin, Sachsen mit seiner notleidenden Textilindustrie und die immer noch zu fast völliger Arbeitsruhe verurteilte nordliche Wasserlande), müßte vor allem die unterschiedliche Belastung ausgeglichen werden können. Seltener stehen aber einem derartigen Ausgleich, d. h. einem stärkeren Abfluß der Erwerbslosen aus den Notgebieten, immer wieder erhebliche Hindernisse entgegen, die oft noch vergrößert werden durch die Abneigung, namentlich jüngerer Arbeitskräfte, Arbeit außerhalb ihres Wohnortes anzunehmen.

England macht das Sanktionsunrecht nicht mit.

Es scheint, wie Reuter aus London meldet, mit Sicherheit angenommen werden zu dürfen, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Gewährung von Einfuhrkonzessen durch Deutschland zu beobachten, lokal anzunehmen beabsichtigt. Ueber die genaue Auslegung dieser Entscheidung gingen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Es ist indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird und die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzige noch ausstehende Frage betrifft den Punkt, ob die internationalisierte Organisation die Eigenschaft eines Beobachters haben soll, um über die Erstellung von Konzessen zu wachen und über jede Unbilligkeit und unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zwecks Notwendigens einer Aktion zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Gewährung von Konzessen ihr Veto einzulegen. Die britischen Kreise sind für die erstgenannte Auffassung.

Anmerkung des W. T. W.: Diese Reuter-Meldung bestätigt das, was über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission zu bilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, das heißt, darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber dem anderen in der Handhabung der Einfuhrregelungen benachteiligt wird. Sie wendet sich jedoch — und dieser Standpunkt wird nach der Reuter-Meldung von der englischen Regierung geteilt — gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff in die deutsche Wirtschaftshoheit erblickt werden müßte.

Auch Frankreich gibt jetzt die Meinungsverschiedenheiten schweren Herzens zu. Eine Note gibt endlich hoffentlich zu, daß zwischen der englischen und der französischen Auffassung in der Frage der Sanktionen noch Differenzen bestehen. Die Franzosen fordern für die neu zu errichtende Entente-Kommission der deutschen Einfuhr ein vollkommenes Vetorecht gegen Deutschland, während England

Binder im
ist, richtige
Bitte, das
Primatzen

en, u. hoffe
nungung der

elang er
n, nehme

schleier

erstraße 1.

nos!

paraturen
(Schmied)

e entgegen
auer,
Str. 11 J.

acht!

ra nachzu
arbeitet bei

Bochestr.
Nr. 24.

tter!

seiner Nord-
zu billigen

Bochestr. 87.

ug

er Hofe,
atamag",
für mittlere
Preis, preis-

20, 9 links.

altene

ichtung

sen.
Tageblatt.

ASSE

ucker, geg.
s. Angeb.
Exp. d. Ztg.

!

h.

te.

pe.

en.

in.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.

g.